
Kleinwaffen-Newsletter

Informationen von DAKS und WORLD VISION Deutschland e.V. – Ausgabe 12/05

1. DFG-VK setzt Kleinwaffen-Schwerpunkt für 2006

Die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) hat auf ihrem Bundeskongress beschlossen, die Kleinwaffenproblematik im kommenden Jahr als einen von drei Schwerpunkten zu bearbeiten. Wie Joachim Thommes, politischer Geschäftsführer

der DFG-VK, sagte, habe man zum einen Aktivitäten zur UN-Konferenz zu Kleinwaffen im Sommer 2006 in Planung. Zum anderen sei eine Rundreise mit Opfern von Kleinwaffen angedacht, zu der möglicherweise Referenten aus dem Sudan eingeladen werden könnten.

2. Lesung mit Jürgen Grässlin zu Kleinwaffenopfern

Der DAKS-Sprecher Jürgen Grässlin wird am 17.12.2005 in Pfaffenhofen aus seinem Buch „Versteck dich, wenn sie schießen. Die wahre Geschichte von Samiira, Hayrettin und einem deutschen Gewehr“ lesen, in dem er über die Schicksale von Kleinwaffenopfern in Kurdistan und Somaliland berichtet. Außerdem wird es einen Beitrag aus Jürgen Grässlins neuem Buch „Das Daimler-Desaster“ geben, das sich unterem anderem mit

der Produktion von Streumunition befasst. Die Lesung findet in der Gaststätte Stegerbräu (Ingolstädter Straße) statt, sie beginnt um 20.00 Uhr. Veranstalter ist der Verein „Freundschaft mit Valjevo“, der seit sechs Jahren humanitäre Hilfe, Jugendaustausch und Kulturarbeit für die serbische Stadt Valjevo organisiert.

Weitere Infos demnächst unter:

<http://www.freundschaft-mit-valjevo.de>

3. pax christi: Erklärung gegen Waffenexporte

In einer Pressemitteilung vom 02.11.2005 forderte die Mitgliederversammlung der katholischen Friedensbewegung pax christi in der Diözese Rottenburg-Stuttgart die künftige Bundesregierung auf, sich wirkungsvoller als bisher gegen Waffenexporte einzusetzen. Ein Ziel der deutschen Regierung müsse es sein, den EU-Verhaltenskodex rechtsverbindlich zu machen. Nur so könne verhindert werden, dass Rüstungsgüter von Europa aus in Länder geliefert würden, die in Krisenregionen lägen, die Menschenrechte missachteten oder Waffen reexport-

tierten. pax christi sprach sich für ein Exportverbot von Kleinwaffen und Munition in Staaten aus, die nicht der EU angehören. Die Weiterverbreitung dieser Waffen, die häufig in Bürgerkriegen und bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zum Einsatz kämen, könne nicht zuverlässig kontrolliert werden. Kleinwaffenexporte führten weltweit zur Ausweitung bestehender Konflikte.

Die Pressemitteilung findet sich unter:

<http://www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de/waffenexporte/index.html>

4. Deutsches Kriegsgerät im Sudan

von Roman Deckert*

Im Sudan herrscht seit einem halben Jahrhundert Bürgerkrieg, nur von 1972 bis 1983 gab es einen fragilen Frieden. Zwei Kriege im Süden haben 2,5 Millionen Zivilisten das Leben gekostet, der seit langem schwelende Konflikt in der Westregion Darfur hat bis zu 300.000 Menschen den Tod gebracht. Trotzdem wurde der Vielvölkerstaat bis vor wenigen Jahren mit deutschem Kriegsgerät vollgepumpt. Wie kam es dazu?

Für die Strategen des „Kalten Krieges“ hatte der größte afrikanische Flächenstaat, der 1956 als zweites Land des Kontinents die Unabhängigkeit erlangte, hohe geostrategische Bedeutung. Dies vor allem als „Hinterhof“ Ägyptens, da der Nil auf seiner längsten Strecke durch den Sudan fließt. Vor diesem Hintergrund wurde die Bundesrepublik Deutschland bald ein Hauptpartner des sudanesischen Militärs und der Polizei- und Geheimdienste. Dokumente aus deutschen, britischen und amerikanischen Archiven beweisen, dass die Bonner Verantwortlichen dabei keineswegs als Handlanger der Alliierten agierten, sondern aus rein deutschlandpolitischen Motiven vollkommen eigenständig vorgingen. Die Aktivitäten waren so umfangreich, dass hier nur die wichtigsten Stationen skizziert werden können:

Bereits 1959, kurz nach dem Putsch der sudanesischen Militärs, errichtete die bundeseigene Firma Fritz-Werner (Geisenheim) bei Khartoum eine Munitionsfabrik für das NATO-Kaliber 7,62 mm. Ende 1961 bewilligte das Verteidigungsministerium unter Franz-Josef Strauss ein Hilfspaket im Rekordumfang von DM 120 Mio. Die sudanesischen Streitkräfte wurden komplett neu ausgerüstet: von Noten für Marschmusik über Stahlhelme, Pistolen, Maschinenpistolen, G3-Sturmgewehre von Heckler & Koch (12.165 Stück), Bazooka-Panzerfäuste, Maschinengewehre MG42 von Rheinmetall, Mörser, Gebirgshaubitzen, die dazugehörige Munition, fast 1.200 Fahrzeuge (v.a. Mercedes-Benz-LKW, Unimogs) bis hin zu Dornier-Flugzeugen einschließlich entsprechender Ausbildungsprogramme. 1963 schenkte die Hardthöhe der sudanesischen Junta darüber hinaus noch 97 britische Spähpanzer.

Auch nach dem Sturz der Militärdiktatur und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen von 1965 wurde weitergeliefert, so z.B. 10.000 G3 und 1.000 MG42. Fritz-Werner durfte Hunderte Tonnen Munition exportieren, selbst als der Sudan 1969 als erstes afrikanisches Land die

DDR dauerhaft anerkannte. Nicht minder skrupellos verhielten sich die Ost-Berliner Machthaber. Bis 1971 versorgte die Stasi die sudanesischen Militärs mit 3.600 Handfeuerwaffen und massenhaft Munition.

Kurz darauf erreichte die Militärkooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Sudan einen neuen Höhepunkt mit der Lieferung weiterer G3-Arsenale und Hunderter Magirus-LKW. Offiziell wurden die Waffenexporte zwar 1977 gestoppt, weil der Sudan eritreische Rebellen unterstützte. Aber die Bonner Rüstungsexportkontrolleure ignorierten geflissentlich, dass G3 als Bausätze und aus saudischer Lizenzproduktion in den Sudan gelangten. 1980 erhielt die sudanesischen Polizei zwanzig MBB 105 Hubschrauber, die offenbar in „Gunships“ umgerüstet wurden. Ein Bundeswehr-Team leitete den Aufbau einer zentralen Armeewerkstatt in Khartoum, auch nachdem Diktator Nimeri 1983 eine brutale Form des Islamrechts eingeführt hatte und der zweite Bürgerkrieg im Südsudan ausgebrochen war. Während 1984/85 in Darfur eine verheerende Hungersnot wütete, verhandelte der Ost-Berliner KoKo-Chef Alexander Schalck-Golodkowski gleichzeitig mit der Regierung in Khartoum und den südsudanesischen SPLA-Rebellen über Waffendeals.

Obwohl sich auch nach Nimeris Sturz die Menschenrechtslage katastrophal entwickelte, setzten die Bonner Militärs die Kooperation fort. Die Hardthöhe verlängerte das Engagement selbst nach dem Putsch der islamistischen Militärs von 1989 mehrmals und stellte es erst 1993 ein. Außerdem lieferte der Iran 1991 50.000 G3-Gewehre aus eigener Lizenzproduktion in den Sudan, Daimler-Benz verkaufte 1992 100 Militär-Unimogs dorthin, und Fritz-Werner versorgte die Munitionsfabrik bis zur Verhängung eines EU-Waffenembargos 1994 weiter.

Alle Bundesregierungen haben systematisch das wahre Ausmaß dieser Aktivitäten gegenüber den Bürgern verschleiert. Die Politik und die Öffentlichkeit müssen sich bewusst machen, dass Deutschland eine massive Mitverantwortung an dem sudanesischen Elend trägt. Dies ist um so dringender, als sich die Bundeswehr an den aktuellen Einsätzen von Afrikanischer Union und Vereinten Nationen im Sudan beteiligt.

**R. Deckert forscht an der Uni Bochum über die deutsch-sudanesischen Beziehungen von 1945 bis 1990.*

5. Amnesty International Südbaden: Radiosendung zu Kleinwaffen

Unter dem Titel „Waffenexporte – des einen Brot, des anderen Tod“ informierte Amnesty International Südbaden am 22.11.2005 in einer einstündigen Radiosendung von Radio Dreieckland über die Kampagne „Waffen unter Kontrolle!“. Dazu wurden neben grundlegenden Fakten anhand von Länderbeispielen die Auswirkungen der Kleinwaffenproblematik geschildert.

In zwei Interviews beschreiben der Kleinwaffenexperte Kiflemariam Gebrewold und DAKS-Koordinator André Maertens die fehlende Exportkontrolle und die Schwierigkeit von Entwaffnungsprojekten.

Die Sendung lässt sich im Internet anhören unter:

<http://www.amnesty-freiburg.de/>

6. „Armut vermeiden heißt Frieden schaffen!“

Interview mit Ellen Diederich, IFFA

Im Interview berichtet Ellen Diederich über die Tagung „Die Waffen Nieder!“, die von der Bertha-von-Suttner-Stiftung vom 18.-20. November 2005 in Berlin veranstaltet wurde, aber auch über die Arbeit des IFFA, dem Internationalen Frauenfriedensarchiv Fasia Jansen (<http://www.frauennews.de/themen/weltweit/frieden/iffa.htm>).

1. Worum ging es bei der Tagung „Die Waffen nieder!“? Wie wurde die Kleinwaffenproblematik angesprochen?

Die Tagung, die von der DFG-VK, dem IFFA und dem Journalistenbüro Zeitzeuge unterstützt wurde, befasste sich mit der Realität in den heutigen Kriegen und mit der Frage, wie angesichts der Gewalt gehandelt werden müsse. Beispielsweise stellte der Düsseldorfer Publizist Peter Bürger seine Analyse zur Einflussnahme des Pentagon auf Hollywood-Filme vor. Teile der Kleinwaffenthematik wurden in verschiedenen Vorträgen und Diskussionen angesprochen. Der Berliner Doktorand Roman Deckert zeigte am Beispiel des Sudan, wie in den dortigen Gemetzeln Kleinwaffen massenhaft zum Einsatz kommen. Andrea Kolling, Expertin zum Thema Rüstungsexport, befasste sich ausführlich mit den Ausfuhren von Kleinwaffen.

2. Wie wichtig schätzen Sie die Problematik der Schusswaffen für die Situation von Frauen ein?

Diese Problematik gibt es nicht nur in Ländern der südlichen Welt, sondern auch im Westen. Allein in den USA ist beispielsweise in privaten Haushalten genug Munition vorhanden, um jeden US-Bürger elf mal zu töten. Hier gibt es auch das Problem, das aus dem Irak zurückkeh-

rende Soldaten ihre Ehefrauen bedrohen, eine große Zahl dieser Frauen wurde sogar getötet. Die Situation der Gewalt gegen Frauen in Nordirland muss vor dem Hintergrund des jahrelangen Krieges gesehen werden: Die Kriegsgewalt hat sich auch in das private Leben wie eine Krake überall hin verbreitet. Auch im privaten Raum sind Waffen präsent gewesen oder sind es noch. Während eines meiner Besuche dort wurden in wenigen Tagen mehrere Frauen durch ihre Partner ermordet. Eigentlich müssten in jedem Dorf dieses Landes Häuser eingerichtet werden, in denen Frauen Schutz finden. Der 25. November, der Internationale Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen, soll diesen Forderungen besonderen Nachdruck verleihen. Für Israel lässt sich vermuten, dass es dort ein ähnliches Problem mit Schusswaffen gibt, das Maschinengewehr ist zum Alltagsgegenstand geworden.

3. Welcher Widerstand und welche Schutzmöglichkeiten sind angesichts der Bedrohung von Frauen durch Kleinwaffen nötig?

Der größte Schutz ist: Abrüstung! Nur so kann die Gewalt verringert werden. Auf der Bertha-von-Suttner-Tagung hat Andrea Kolling eine weltweite Kampagne gegen Kleinwaffen gefordert, die ähnlich der Landminen-Kampagne durchgeführt werden sollte. Ein falscher Weg wäre es übrigens, die Frauen ebenso mit Waffen auszustatten oder im Namen des Frauenschutzes Kriege anzuzetteln. Immer wieder hat man versucht – z. B. im Falle des Kosovokrieges –, Kriege damit zu legitimieren, dass man durch sie Vergewaltigungen verhindern könne. Das Leiden von Frauen wird instrumentalisiert. Verhinderung von Vergewaltigung als Motiv für neue

Kriege scheint offensichtlich als Grund für weitere Kriegshandlungen einleuchtend zu sein. Die 40.000 Kinder, die täglich an Hunger, dem Mangel an sauberem Wasser und der Verweigerung bezahlbarer Medikamente sterben, sind jedenfalls bis lang nicht als Kriegsgrund angegeben worden.

4. Aber sind Waffen nicht notwendig etwa für friedenserhaltende Einsätze?

In friedenserhaltenden Maßnahmen werden u.a. UN-Soldaten, die über Kleinwaffen verfügen, eingesetzt. Sie werden flankiert von Männern der technischen Hilfsdienste u.a. für den Wiederaufbau kriegszerstörter Länder. Die Aufgabe der "guten" Soldaten ist u.a., Vergewaltigung zu verhindern. Besonders schockierend ist, dass die eigentlich "guten" UN-Soldaten in vielen Ländern selbst Gewalt gegen Frauen anwenden, wenn sie in eigens eingerichteten Bordellen zwangsprostituierte Frauen missbrauchen. Vergewaltigung soll mit Vergewaltigung bekämpft werden.

5. Welche Hoffnungen hegen Sie, dass die Verhandlungen der Vereinten Nationen nächstes Jahr die Arbeit gegen Kleinwaffen stärken? Sind Frauen in den UN unterrepräsentiert?

Natürlich sind Frauen in den Vereinten Nationen unterrepräsentiert, auch Kofi Annan hat das mehrfach beklagt. "Frauen sind meist besser dazu geeignet, Friedensmaßnahmen zu entwickeln, sie kennen die Grausamkeiten des Krieges

am besten", sagte er. Aber auch bei der UN sind sie nur an zwei Friedensmaßnahmen in leitender Position beteiligt. Im Sicherheitsrat sind sie nicht vertreten. Deswegen haben Frauen einen Weltfrauensicherheitsrat geschaffen, der die Aktivitäten und Entscheidungen der UN beobachtet und öffentlich macht, auch deutsche Frauen sind hier beteiligt.

6. Sie weisen in ihren Schriften immer wieder darauf hin, dass die Verbindung zwischen Kriegführung und Globalisierung nicht übersehen werden dürfe. Was bedeutet das für das weltweite Kleinwaffenproblem?

Wenn man bedenkt, dass die afrikanischen Länder zwischen 40 und 50 Prozent ihres Bruttosozialproduktes dafür aufwenden müssen, um allein die Zinsen ihrer Schulden zu bezahlen, und dass 30 Prozent der dortigen staatlichen Haushalte für den Kauf von Waffen ausgegeben werden, ist der Zusammenhang von Rüstung und Entwicklung klar. Die so entstehende Armut stürzt die Menschen der betroffenen Regionen in existenzielle Schwierigkeiten, der Frieden ist gefährdet. Kleinwaffen und Globalisierung sind dann nicht mehr voneinander zu trennen. Einen Ausspruch des Aachener Friedenspreises finde ich dazu sehr passend: "Armut vermeiden heißt Frieden schaffen!" Das beziehe ich auch auf uns hier, gemeint war dieser Kommentar nämlich in Bezug auf die Montagsdemos gegen die "Hartz-Gesetze". Die weltweit vernetzte soziale Realität muss Gegenstand unserer Debatten über Frieden werden.

7. USA: neues Waffengesetz verhindert Opferklagen

In den USA tritt aller Voraussicht nach ein Gesetz in Kraft, dass zivilrechtliche Klagen von Schusswaffenopfern und Behörden gegen Waffenfirmen beinahe unmöglich machen wird. Die National Rifle Association (NRA) hatte bei Abgeordneten und Senatoren intensiv für die neue Gesetzesregelung geworben. Waffenkontrollorganisationen wie die Coalition to Stop Gun Violence (CSGV) und Million Mom March beklagen, dass mit diesem Gesetz den Opfern von

Schusswaffengewalt die Möglichkeit genommen werde, Produzenten und Händler für unkontrollierten Verkauf von Waffen verantwortlich zu machen. Die Brady Campaign to Prevent Gun Violence sieht dieses "Immunitätsgesetz" als verfassungswidrig an und hat angekündigt, dagegen zu klagen. Mehr dazu unter:

<http://www.csgv.org/>

<http://www.bradycampaign.org/press/release.php?release=697>

8. Resolutionen zu Kleinwaffen bei EU und UN

Anfang November hat der für Abrüstung und Sicherheit zuständige Erste Ausschuss der UN-Generalversammlung mehreren Resolutionen zum Kleinwaffenthema zugestimmt. IANSA berichtet, dass zum Thema Handel mit Kleinwaffen eine Gruppe von Regierungsexperten gegründet werden solle. Weitere angesprochene Themen waren die für die Exportkontrolle wichtige Kennzeichnung von Waffen, der Umgang mit Munitionsvorräten und mit tragbaren Raketenwerfern (MANPADS) sowie die Hilfe für Staaten bei der Zerstörung von Kleinwaffen. Dass auch die humanitäre Hilfe und Entwicklungsaspekte genannt wurden, ermöglicht IANSA zufolge die Situation von Frauen angesichts

der Kleinwaffengewalt stärker als bisher in den Diskussionsprozess bei den Vereinten Nationen einzubringen. Weitere Infos unter:

<http://www.iansa.org/un/index.htm>

Weiterhin berichtet IANSA, dass das Europäische Parlament sich am 17. November 2005 dafür ausgesprochen hat, den EU-Verhaltenskodex rechtsverbindlich zu machen. Die Resolution beinhalte auch die dringende Forderung nach einer besseren Kontrolle des Kleinwaffenhandels und einer umfassenden Strategie der EU zur Kleinwaffenthematik.

Weitere Infos hierzu unter:

www.iansa.org/regions/europe/europe.htm

9. Neue Studie zu Kleinwaffenherstellern

Reinhilde Weidacher (Ethix SRI), hat für den Small Arms Survey (Genf) eine Studie erstellt, die zum ersten Mal die westeuropäischen Hersteller von Kleinwaffen genauer unter die Lupe nimmt. Untersucht wurden Firmen in fünfzehn Ländern, darunter Belgien, Deutschland, Groß-

britannien und die Schweiz. Firmenprofile geben einen Überblick über die Geschäftsentwicklung der einzelnen Hersteller und die produzierten Waffen. Die Studie findet sich unter:

<http://www.smallarmssurvey.org/publications/occasional.htm>

10. Weitere Links

- ▶ In seiner Publikation Around Europe (Nr. 276) befasst sich der Quaker Council for European Affairs mit dem Thema Kleinwaffen:
www.quaker.org/qcea
- ▶ Die Global Parliamentary Action will Angehörige von nationalen Parlamenten dazu bewegen, einen weltweit verbindlichen Kontrollvertrag für Waffenexporte zu unterstützen:
http://www.iansa.org/control_arms/parliamentary_action.htm
- ▶ Amnesty International Italien nutzt den Kinofilm "Lord of War", in dem Nicolas Cage einen Waffenhändler spielt, für seine Kampagne gegen Kleinwaffen:
<http://www.amnesty.it/pressroom/documenti/lordofwar/index.html?page=documenti>
- ▶ BICC organisierte Mitte November im Rahmen der European Co-operation in the field of Scientific and Technical Research (COST) ein Treffen, bei dem kulturelle Aspekte des Waffenbesitzes erörtert wurden:
http://www.bicc.de/press/releases/presseerklaerung_gunculture.php
Das Centre for Humanitarian Dialogue geht in seinem aktuellen Small Arms and Human Security Bulletin auf das Staatentreffen 2005 und weitere mögliche Schritte im Kleinwaffenprozess der Vereinten Nationen ein:
www.hdcentre.org/?aid=61

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261
79019 Freiburg
Tel. 0761-7678088
E-Mail: ribfr@breisnet-online.de
Web: www.rib-ev.de/daks

WORLD VISION Deutschland e.V.
Am Houiller Platz 4
61381 Friedrichsdorf
Tel. 06172-7630
Fax 06172-763 270
Email: info@worldvision.de
Web: www.worldvision.de

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Velbert
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ...sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und WORLD VISION Deutschland e.V. übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung.